

Stellungnahme der BAG OKJE e.V. zum Diskussionspapier von BMFSFJ und BMI für ein Demokratiefördergesetz

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. hat als bundesweiter Zusammenschluss von Einrichtungen und Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit positiv zur Kenntnis genommen, dass sich BMFSFJ und BMI gemeinsam darum bemühen, dem Bund einen gesetzlichen Auftrag zur Förderung der Demokratie zuzuschreiben. Einen solchen Auftrag, der die zivilgesellschaftlichen Strukturen und die Demokratiebildung in Deutschland stärken kann, halten wir für unerlässlich. Darum begrüßen wir das Ziel, durch ein solches Demokratiefördergesetz eine Planungssicherheit zu gewährleisten, die eine bedarfsorientierte, längerfristige Förderung unabhängig von politischen Konjunkturen und Haushaltslagen sicherstellen könnte.

Damit könnte der Bund fördern, was er bereits 1990 für Kinder und Jugendliche gesetzlich verankert hat, bis heute jedoch nicht flächendeckend realisiert wurde: Denn seitdem hat jeder junge Mensch nach §1 SGB VIII das Recht auf die Förderung seiner Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit sowie das Recht auf Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und politische Teilnahme (siehe auch Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit 2022). Die weitere Verwirklichung dieses Rechts, sollte auch durch das Demokratiefördergesetz unterstützt werden.

Vor diesem Hintergrund möchte sich die BAG OKJE mit vorliegender Stellungnahme konstruktiv in den Diskussionsprozess einbringen. Denn aus Sicht der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – der seit dem ‚Reeducation-Program‘ der Alliierten in Nachkriegsdeutschland und spätestens mit der Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (insbesondere §§1, 8, 11 SGB VIII) der Auftrag zur Förderung der demokratischen Beteiligung und Demokratiebildung junger Menschen in der gesamten Bundesrepublik zukommt und dementsprechende Erfahrungen in den Regelstrukturen sowie in Förderprogrammen der Länder und des Bundes hat – gilt es in der weiteren Diskussion folgende Punkte zu bedenken:

Politisch und programmatisch ist die wissenschaftliche Analyse sowie die politische Abwehr von Rechtsextremismus aus Sicht der BAG OKJE eine der zentralen Herausforderungen der gegenwärtigen Gesellschaft. Aus Perspektive der Kinder und Jugendlichen sowie der Offenen Kinder- und Jugendarbeit kann Kindeswohl jedoch nicht allein durch die Abwehr von Gefahren hergestellt werden (Clark et al 2018). Wissenschaftliche Erkenntnisse der letzten 30 Jahre weisen nach, dass sich junge Menschen dort, wo ihnen durch die „Institutionen des Aufwachsens“ (Deutscher Bundestag 2017), also vor allem durch Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, institutionell gerahmte und pädagogisch unterstützende Möglichkeiten zur demokratischen Mitgestaltung ihrer Sozialräume und der Gesellschaft eröffnet werden, demokratisches Handeln und eine demokratische Bearbeitung von Konflikten in Diversität aneignen. So hat es auch der 16. Kinder- und Jugendbericht für die Kinder- und Jugendarbeit herausgestellt (Deutscher Bundestag 2021). Diese demokratiebildenden Erfahrungen können vor allem dort ermöglicht werden, wo Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene langfristig an der Gestaltung von Einrichtungen und Angeboten der Zivilgesellschaft – aber auch darüber hinaus in ihren Sozialräumen und Kommunen – mitwirken können und so auch Verantwortung für sich, ihr Handeln und andere Gesellschaftsmitglieder übernehmen. Die Zivilgesellschaft ist mit solchen Angeboten der Demokratiebildung dann erfolgreich, wenn sie junge Menschen nicht als potenziell

Gefährdete oder gar Gefährdende adressiert, sondern als mündige, verantwortungsbewusste Bürger*innen der Demokratie. Insofern empfiehlt sich auch aus Sicht der BAG OKJE eine deutliche Unterscheidung „zwischen Angeboten bzw. Maßnahmen der Extremismusprävention und Angeboten Politischer Bildung bzw. Demokratiebildung“ (DJI 2022).

Es sind vor allem die Institutionen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die schon jetzt von jungen Menschen unterschiedlichster Milieus freiwillig besucht sowie mitgestaltet werden und in denen bereits pädagogische, vertrauensvolle Beziehungen als Grundlage von Demokratiebildung bestehen. Häufig handelt es sich dabei auch um Kinder und Jugendliche, die von anderen (gerade projektbasierten) Bildungsangeboten nicht erreicht werden und die gesellschaftlich wie politisch benachteiligt werden. Ein Demokratiefördergesetz müsste zum Ziel haben alle Kinder und Jugendlichen zu fördern.

Wissenschaftliche Studien zeigen außerdem, dass die Potenziale zur Demokratiebildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bisher nicht konsequent genutzt werden können, weil diesem Handlungsfeld aufgrund knapper kommunaler Haushalte vermehrt Aufgaben anderer Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe übertragen werden, die sozialpädagogischen Ansätzen der Demokratiebildung entgegenstehen (u.a. Sturzenhecker & Schwerthelm 2016). Dies führt dazu, dass die Demokratieförderung in den Kommunen so einer Nothilfe faktisch hintengestellt wird. Die mit einem Demokratiefördergesetz verbundene Möglichkeit, besonders die Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort zu stärken, und damit die Demokratieförderung junger Menschen systematisch und regelhaft zu fördern, halten wir deshalb für dringend notwendig. Diese Notwendigkeit wird durch zwei weitere Gründe unterstrichen: Einerseits stellt (auch) der 16. Kinder- und Jugendbericht einen höheren Bedarf der (offenen) Arbeit mit Jugendlichen aufgrund gesellschaftlicher Ablehnungsdynamiken im Gefüge des Aufwachsens fest, gleichzeitig wird das Arbeitsfeld vermehrt zum Ziel politischer Interventionen, die den gesetzlichen Auftrag zur Förderung von Beteiligung und Demokratiebildung sowie die pädagogische Umsetzung dieses Auftrags in Frage stellen (u.a. Hafener et al 2021; Deutscher Bundestag 2021).

Insofern begrüßt die BAG OKJE, dass „die von zivilgesellschaftlichen Trägern bereits aufgebauten und fachlich bewährten Strukturen aufrechterhalten und insbesondere auch weiterentwickelt werden können, um den sich wandelnden gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden.“ Dabei betonen wir aber, dass dies nur gelingen kann, wenn die regelhaften Infrastrukturen des Aufwachsens der Kinder- und Jugendhilfe dadurch gestärkt werden können: also bestehende Einrichtungen und Angebote der Jugendhilfe in Sozialräumen und Kommunen durch eine gezielte Förderung sicherstellen können, dass die Demokratieförderung alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland erreicht. Daraus folgt, dass allen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit unabhängig von ihrer sonstigen Förderung auf Landes- oder kommunaler Ebene eine Förderung durch das Demokratiefördergesetz ermöglicht werden muss (siehe auch DBJR 2022; Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit 2022). In diesem Zusammenhang wäre ebenfalls sicherzustellen, dass ein Demokratiefördergesetz keine negativen Auswirkungen auf bewährte Fördermöglichkeiten, wie den Kinder- und Jugendplan des Bundes, hat.

Für diese Entwicklungen unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips und einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und staatlichen Strukturen braucht es einen intensiven Dialog zwischen den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe und den Fördergebern. Die BAG OKJE bietet hiermit ihre Expertise und Unterstützung für die weitere Gestaltung eines Demokratiefördergesetzes an.

Abschließend verweisen wir auf die vom Deutschen Bundestag (2022) verabschiedeten Empfehlungen an politische Entscheidungsträger*innen „für die Gestaltung der Aneignungsprozesse demokratischer Bildung von Kindern und Jugendlichen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Aufsuchenden Jugend(sozial)arbeit“.

„Als Aufgaben für politische Entscheidungsträger sind in dieser Hinsicht zu benennen:

- Finanzierung politischer Bildung weniger projektbezogen, sondern langfristig und regelstrukturell sicherstellen;
- Erweiterung des Blicks auf demokratische Bildung auch jenseits von Extremismus- und Radikalisierungsprävention“

Die BAG OKJE plädiert dafür, mit einem Demokratiefördergesetz die Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe nicht nur als Institutionen des Aufwachsens zu erkennen, sondern ihre Potenziale der demokratischen Beteiligung und Demokratiebildung junger Menschen nun auch anzuerkennen und zu fördern.

Berlin, 08.04.2022

Björn Langert
Vorsitzender

Volker Rohde
Geschäftsführung

Verweise

Clark, Z./Schwerthelm, M./Aliki-Vesper, L. (2018): Eine Abwehr von Kindeswohlgefährdung ist noch keine Herstellung des guten Lebens. In: Widersprüche, Heft 149/2018, Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 73-86.

Deutscher Bundesjugendring (2022): Stellungnahmen zum Diskussionspapier für ein Demokratiefördergesetz vorgelegt durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Bundesministerium des Inneren. Berlin.

Deutscher Bundestag (2017): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 15. Kinder- und Jugendbericht – Drucksache 18/11050. 18. Wahlperiode. 01.02.2017

Deutscher Bundestag (2021): Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Drucksache 19/24200. 19. Wahlperiode. 11.11.2020

Deutsches Jugendinstitut (2022): Stellungnahme des Deutschen Jugendinstituts e.V. zum Diskussionspapier von BMFSFJ und BMI für ein Demokratiefördergesetz vom 21.02.2022. München.

Hafeneger, B./Jestädt, H./Schwerthelm, M./Schuhmacher, N./Zimmermann, G. (2020): Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. Wochenschau Verlag. Frankfurt/Main.

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (2022): Stellungnahme zum Diskussionspapier von BMFSFJ und BMI für ein Demokratiefördergesetz. Berlin.

Sturzenhecker, B./Schwerthelm, M. (2016): Demokratie ist machbar – gerade in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Knauer, R./Sturzenhecker, B. (Hrsg.): Demokratische Partizipation von Kindern. Beltz/Juventa Verlag. Weinheim/München. S. 187-203.